

# Der Freie Schwarzwälder

## Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.



Ersteinst  
an allen Wochentagen  
Abonnement  
in der Stadt vierteljährlich M. 1.20  
monatlich 40 Pf.  
bei allen Wochentagen Postanweisung  
und Bote im Ort u. Aus-  
wärtsvertrieb wertvoll  
ausserhalb desselben M.  
hierzü Bestellgeld 30 Pf.  
Telefon Nr. 41

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.

Verkundigungsblatt  
der Kgl. Forstämter Wildbad, Meistern,  
Enzklösterle u.

amtlicher Fremdenliste.

Inserate nur 2 Pfg.  
Anzeigen 10 Pfg. die Zeile  
spaltig. Barmonat.  
Reklamen 15 Pfg. die  
Zeile.  
Bei Wiederholungen extra  
Kabat  
Abonnements  
nach Uebereinkunft  
Telegramm-Adresse:  
Schwarzwald er Wildbad

Nr. 287.

Montag, den 2. Dezember

1907

### Der gestickte Bloch.

Neben der Dan-Affäre wissen wir kein Thema, das den Sommer über so häufig die Spalten der Zeitungen gefüllt hätte, wie die Frage des Blochs. Formlich aufgearbeitet hat man, als die Eröffnung des Reichstags näher kam, weil man hoffen konnte, daß durch die praktische politische Tätigkeit alle die Fragen von selbst gelöst würden, über die sich eine Reihe superfluger Zeitungsschreiber den Sommer über vergebens die Köpfe zerbrochen hatten. Und nun ist kaum der Reichstag beisammen und wieder ist der Bloch, der die Spalten der Zeitung füllt. Schuld daran ist einzig und allein der Reichskanzler, der aus Gott weiß welchen Gründen ein Vertrauensvotum haben wollte, um weiter regieren zu können. Wir fragen aus Gott weiß welchen Gründen, weil der Verlauf der Staatsdebatte einen zwingenden Grund zu der zweischneidigen und ganz ungewöhnlichen Aktion nicht ergeben hatte. Daß die Volksworte bei der Staatsdebatte klar und scharf zu allen Fragen Stellung nehmen, das erwartet man von ihnen, damit muß auch der Reichskanzler rechnen, also kann der Verlauf der Staatsdebatte den Grund für die Krisis nicht bilden. Viel richtiger wird sein, was einzelne Blätter andeuten, daß nämlich wieder einmal hinter den Kulissen gearbeitet worden ist, daß die Ministerkollegen Bülow's lieber mit der Zentrumsmehrheit als mit der Blochmehrheit regieren würden. Das trifft offenbar namentlich auf den Finanzminister v. Rheinbaben zu, der in herausfordernder Form die steuerliche Deckungsfrage vor dem Reichstag vertreten hatte. Wenn man diese Vorgänge ins Auge faßt, dann kommt man zu dem Ergebnis des Korrespondenten der Frankfurter Zeitung, der andeutet, daß Bülow aus der Vertrauensstimmung die Kraft zur Befiegung von Widerständen innerhalb der Regierung schöpfen wollte. Die Zukunft wird lehren, ob ihm das gelingt, sie wird auch lehren, ob die Kraft, die er aus den Blochparteiern schöpfte, nach dem Naturgesetz nicht schwächend auf diese wirkte.

Vorläufig muß man die Tatsache feststellen, daß der Bloch wieder zusammengehört ist und Bülow im Amt bleibt. Wie Bülow bis jetzt immer Glück gehabt, so ist ihm auch sein neuester Schachzug vorläufig geglückt. Wir sagen vorläufig, denn Bülow ist kein Parteiminister, der wie in parlamentarisch regierten Staaten auf Grund eines Programms aufgestellt ist, er kann über andere Dinge als über eine Reichstagsmehrheit fallen.

Und alle die sachlichen Schwierigkeiten, die, wie wir schon gestern ausgeführt haben, in der grundsätzlichen Meinungsverschiedenheit der zur Mehrheit zählenden Parteien liegen, sind durch die Vertrauensstimmung nicht beseitigt.

Die Hauptschuld an der jetzigen verfahrenen Situation trägt sicher der Reichskanzler selbst. Die Regierung hat der Linken ursprünglich weitergehende Reformen in Aussicht gestellt, als die Konserativen jetzt zugestehen wollen. Die Reform des Börsengesetzes und die Einbringung des Vereinsgesetzes hätten auch ohne den Bloch kommen müssen. Tagegen sind die Bekämpfung des Vereinsgesetzes mit dem Sprachen-Paragraphe, und die Polenvorlage mit ihren Enteignungsbestimmungen Villen, die der demokratische Liberalismus einfach nicht schlucken kann. Von einer Verbesserung des preussischen Wahlrechts vollends hört man gar nichts. Die Regierung wird also wohl oder übel daran denken müssen, den Versprechungen an die Liberalen, die sie in der ersten Freude über den Ausfall der Reichstagswahl gegeben hat, mehr als bisher nachzukommen, wenn die Krisis im Bloch und in der Regierung nicht latent weiter bestehen soll. Mit den Mäßigkeiten reaktionärer Bestimmungen belastete Gesetzesentwürfe allein sind zu schlechte Schwimmgürtel für den demokratischen Liberalismus, um sich damit im Blochfahrwasser zu behaupten. Ein tüchtiger Auftrieb durch eine preussische Wahlreform ist dazu unbedingt nötig, sonst kann man von der überwindenen Krisis sagen, gestickt aber nicht geheilt.

### Rundschau.

#### Politische Gespräche des Kaisers.

Der Wandseher „Daily Dispatch“ veröffentlicht Gespräche des Kaisers mit hervorragenden europäischen Diplomaten. Vor dem Abdruck sind diese Mitteilungen durch den deutschen Botschafter dem Kaiser zur Nichtigstellung vorgelegt worden. Unter anderem sagt der Kaiser, Deutschland bedürfe einer starken Marine zu seiner künftigen Entwicklung, um die Ernährung im Kriegsfall zu ermöglichen und um seine Siedelungen zu beschützen. Europa besitze keine Länder, die zu erobern Deutschland geneigt sein könnte; weder Skandinavien, Holland die Schweiz noch die baltischen Provinzen Rußlands kämen in Betracht. Ueber die englisch-deutschen Beziehungen sprach der Kaiser mit großer Lebhaftig-

keit: Wir wollen England nichts wegnehmen und England kann uns nichts wegnehmen. England und Deutschland haben allen Grund zusammenzuhalten zu gegenseitiger Hilfe, solange ihre wesentlichen Interessen nicht Streit verursachen. Welche Schwierigkeit aber zwischen beiden Ländern könnte nicht friedlich beigelegt werden? Außer den verwandtschaftlichen Beziehungen haben wir jedes Interesse, England stark und mächtig zu sehen. Wir würden bald genug Englands Schwächung fürchten. Ein deutscher Staatsmann, der England bekriegt, um vielleicht eine kleine Siedelung von Großbritannien zu erhaschen, denn mehr könnten wir nach einem siegreichen Kriege nicht erwarten, würde seinen Platz am Steueruder des Reiches verdienen. Nein — wiederholte der Kaiser mit größtem Nachdruck — wir wollen nichts Derartiges, wir brauchen nur Frieden und abermals Frieden, um unseren Handel, unsere Industrie und unsere nationale Kultur zu entwickeln.

#### Reichsenttäuschung für Graf Zeppelin.

Die Tägliche Rundschau schreibt: Die Budgetkommission des Reichstags wird sich wahrscheinlich noch vor Weihnacht mit der Staatsposition von 2,150,000 M. beschäftigen, die das Reichsamt des Innern zur Gewährung einer Entschädigung an den Grafen Zeppelin und zur Erweiterung der beiden von ihm gebauten Luftschiffe fordert. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß der Reichstag bereitwillig diese Position bewilligen wird. Ebenso wird im Interesse der Sache darauf gerechnet werden dürfen, daß der Reichstag weiterhin die in einem Nachtragsetat zum Etat 1907 geforderten 400,000 M. zur Fortsetzung der Versuche mit dem Zeppelinschen Luftschiff anstandslos bewilligen wird.

#### Wagenmangel — Arbeitseinstellung.

Den chronischen Wagenmangel bei der Preussischen Staatsbahn und die daraus entstehenden Folgen illustriert ein Notizheft der Niederlausitzer Industrie den die in Weiswasser erscheinenden „N. Nachr.“ in ihrer Ausgabe vom 1. Dezember veröffentlicht. Es heißt da: „Infolge andauernden Wagenmangels bei den Kohlenwerken des hiesigen Bezirkes leiden die hiesigen Glashüttenwerke, sowie die von Rietzen, Muskau und Umgebung schon seit Wochen an Kohlenmangel, der sich so gesteigert hat, daß sich die einzelnen Glashüttenbesitzer heute mittag telegraphisch an den Minister Freidenreich mit der Bitte um sofortige Abhilfe wenden mußten, andernfalls

### Die andre Hälfte.

Roman von Martin Rilner.

(Fortsetzung.)

„Sie haben uns hier mit einer Anmaßlichkeit umgeben, für die ich einen anderen Grund suchen mußte als die bloße Fürsorge für die Landleute. Ich fand ihn darin, daß die schönen Augen meiner Margret es Ihnen angetan haben mußten. Sie schienen sich wohl zu fühlen bei uns; Sie suchten unsere Gesellschaft; das bestätigte meine Annahme. Wie sehr ich mich darüber freute, kann ich Ihnen kaum schildern; hoffte ich doch an Ihnen, bei einer Verbindung mit meiner Nichte, einen treuen Freund fürs Leben zu gewinnen. Nun aber, Herr von Sternensfeld, liegt die Sache ganz anders; Sie sind ein junger Mann und ich eine alte Frau, wenn ich auch tatsächlich ein paar Jahre jünger bin; eine Frau mit weißem Haar, die ihr Leben hinter sich hat. Das zählt mehr, als die berechneten Jahre. Ich bin deshalb doch älter als Sie.“

Sternensfeld blickte ihr in die Augen. Das Licht über ihnen war hell genug, um ihm die nervösen Fältchen zu zeigen, die er sonst nie gesehen hatte, sie waren durch die Aufregung hervorgerufen. Es überkam ihn ein Verlangen, sie fortzuküssen. Marie Alster's schönes Gesicht war das einer reifen Frau, alt war es nicht.

„Greis! Nuntie!“ erwiderte er, seine Lippen zitterten. „Ich habe Ehe gekannt, Rotabene glückliche Ehe, wo der Mann zehn oder zwölf Jahre jünger war als die Frau. Bei uns wäre das nicht der Fall. Ich verlange ja nicht, daß Sie sich heute entscheiden, aber lassen Sie mir ein wenig Hoffnung. Sie haben so oft Ihre Einsamkeit erwähnt. Bedenken Sie, daß Sie vielleicht noch fünfzigjährige Jahre in voller Kraft und Frische vor sich haben, vielleicht fünfunddreißig bis vierzig Jahre. Ihres Lebens überhaupt, und da sollten Sie immer allein sein, ohne einen Menschen, der Ihnen ganz zu eigen ist? Margret wird ja wohl bald heiraten, und trotz aller ihrer Härlichkeit für Sie, fürchte ich, fällen Sie dann nur einen recht bescheidenen Platz in ihrem Leben aus; bedenken Sie das wohl!“

Marie Alster stützte den Kopf in die Hand.

„Sie haben in allem recht, Baron, ich werde einsam sein. Darum möchte ich meinerseits um Sie werben, und zwar als meinen Freund. Einem Menschen anzugehören mit Leib und Seele, dazu gehört Jugend und Elastizität. Beides ist mir in den zehn anstrengenden Arbeitsjahren seit dem Tode meines Gatten abhanden gekommen. Nun habe ich mich frei gemacht, es verlangt mich danach, mir selbst leben zu können; nach Ruhe und Frieden, nicht nach neuen Aufgaben und Pflichten. Das ist nicht die Stimmung, in der man eines Mannes Weib werden kann.“

Sternensfeld strich seinen Bart und hörte ihr gespannt zu.

„Wenn ich aber einen Freund finden könnte, der in das farblose Dasein einer alternden Frau etwas Leben und Frische brächte, das wäre für mich ein großes, großes Glück. Solche schöne, reine Verhältnisse hat es zu allen Zeiten zwischen hochgesinnten Menschen gegeben. Könnten Sie sich in ein solches nicht finden? Wollen Sie mein Freund nicht sein?“

Sternensfeld streichelte noch immer seinen Bart.

„Gnädige Frau, ich will es versuchen, vielleicht können Sie mich nach und nach dazu erziehen, obwohl das „warten ohne Schmerz und Klage“ des Loggenburgers eine verflucht langweilige Todesart ist; aber man kann eventuell auch daran Geschmack finden.“

Frau Marie rollten die Tränen über die Wangen.

„Nein, nein!“ rief Sternensfeld, „verzeihen Sie mir meine Abscheulichkeiten; es ist nur die Enttäuschung, die mich so brutal macht, und ich bin ein Narr, daß ich das Almosen, welches Sie mir geben, nicht einstecken will!“

Er drückte ihre Finger an die Lippen und eilte fort. Marie Alster blieb in einem Aufruhr von Gedanken und Empfindungen zurück. Sie, die ruhige, ältere Frau, und dieser stürmische, jugendliche Mann, konnte das sein? Nie! niemals! Die drei Jahre, die er tatsächlich vor ihr voraus hatte, fielen da gar nicht ins Gewicht; und doch, ihn zu einer Freundschaft knechten, wo er ein ganzes volles Leben begehrte, war das möglich, war das menschlich?

Es war ein Sturm in ihrem Kopf und Herzen, der nichts von der Altersfäule hatte, die sie sich selbst zu-

sprach; das eine mächtige Gefühl brach immer wieder durch, daß er ihr nicht verloren war, daß sie ihn halten konnte, wenn sie wollte. Nicht ein Gedanke zwang mehr das Mißverständnis wegen seiner vermeintlichen Jungenschaft zu Margret, das lag abgetan hinter ihr, als ob Jahre dazwischen lägen. Der neue Konflikt hatte alles andere verschlungen. Sie sehnte Vina herbei, um sich Rat zu holen und sich mit der Freundin klar zu sprechen, wie sich das junge Mädchen nach der Mutter sehn, an deren Dalse sie ihre Zweifel, ihren Kummer ausweinen kann.

XVIII.

Die Welt war um zehn Wochen älter geworden, aber in der Gesellschaft war man trotz Weisheit und hellem Marschmenschen noch dicht darinnen im geselligen Treiben. Statt der Gispattien gab es jetzt Karsofahrten im Prater, der schon mit dem grünen Spitzenschleier der Vorkräftlinge überwoben war. Die Fastenzeit hatte die offiziellen Bälle eingestellt, aber die Routs, die Matineen, die Basare drängten einander, und im intimen Kreise der nicht streng kirchlich Gesinnten wurde noch stot getan. Dazwischen überboten sich jetzt die Opern und Schauspielhäuser an interessanten Vorstellungen, und ganz Wien drängte sich dazu, um mitzugenießen und mitkritisieren zu können.

Marie Alster sah am Schreibtisch und war eifrig dabei, ihre Korrespondenz zu erledigen, zu der sich selten ungehörte Stunden fanden.

Der Brief, an dem sie schrieb, war an die älteste Schwester ihres Gatten gerichtet, die seinerzeit in New-Orleans der kindlich jungen Schwägerin Führerin und Beraterin, fast eine zweite Mutter gewesen war, nun aber schon lange mit ihrem Gatten in Chicago lebte.

Das Mädchen trat ein und blieb stehen, bis es von der Herrin bemerkt wurde.

„Was gibt es, Leni? Wenn es nichts Wichtiges ist, möchte ich nicht gestört sein.“

Leni hob die Hände zur Entschuldigung. „Das habe ich dem Herrn Baron auch schon gesagt, er bittet aber trotzdem, daß gnädige Frau ihn empfangen.“

Der Herr Baron schlechweg, das war bei Leni immer Sternensfeld.

(Fortsetzung folgt.)



sich die Hütten gezwungen sehen, ihren Betrieb von nächstem Montag ab, wenn auch nur auf kurze Zeit einzustellen. Es würden hierdurch in Weiskammer und Umgegend nicht weniger als ungefähr 1000 Arbeiter eine Zeitlang strafflos. Was dies aber für einen jeden Betroffenen so kurz vor Weihnachten, zumal, wenn er Familienvater ist zu bedeuten hat, braucht wohl nicht erst besonders erörtert zu werden."

### Aus Marokko.

Aus Valla-Marnia wird gemeldet, daß die marokkanischen Stämme, gegen die General Lyautey im Feld steht, täglich neuen Zuwachs erhalten und gegenwärtig über 12000 Mann stark sind. Es bestätigt sich, daß Abgesandte einzelner anführerischer Stämme in Udschda eingetroffen sind, um ihre Unterwerfung anzubieten, daß diese aber abgelehnt worden ist. General Lyautey wird erst dann die Unterwerfung annehmen, wenn er die Stämme exemplarisch gezüchtigt habe. Die Vorhut der französischen Truppen besetzt einen marokkanischen Marktplatz, der 8 Kilometer von dem Lager von Mondimporey liegt. Der Marktplatz Agbal ist von den französischen Truppen eingenommen worden. 1500 Mann nahmen an der Einnahme teil. Zahlreiche Marokkaner verteidigten den Ort; Artillerie zerstreute sie. Die Franzosen hatten zwei Verwundete. Sie gingen ins Lager von Mondimporey zurück, nachdem sie das Haus des Kaisers verbrannt hatten. Während ihrer Rückkehr versuchten die Beni Saassen eine Angriffsbewegung, wurden aber unter Verlusten zurückgeschlagen. Der Kampf währte den Vormittag und einen Teil des Nachmittags über.

### Tages-Chronik.

**Berlin, 6. Dez.** Die Osmar-Kommissionen des Abgeordnetenhauses hat die auf die Enteignung bezüglichen Paragraphen der Pulvervorlage mit 19 gegen 9 Stimmen abgelehnt. Für die Enteignung stimmten nur Nationalliberale und Freisinnige; die Konservativen stimmten mit der Opposition dagegen. Der Ablehnung der Enteignung selbst wurden sich auch Reichstagsabgeordnete anschließen, woraus zu schließen ist, daß auch eine Korrektur des ablehnenden Beschlusses über die Enteignung vorbehalten bleibt. Die zweite Sitzung soll am Dienstag, den 10. d. M. beginnen.

**Berlin, 6. Dez.** Wie der „Deutsche Boten“ mitteilt, ist dem Abg. Basse van Ann für die Zukunft das Reichsjustizamt angeboten worden, doch hat er entschieden abgelehnt.

**Breslau, 7. Dez.** Auch Breslaus Nachbarstädten Deutsch-Bissa, in dessen Schloß Friedrich der Große am Abend nach der Schlacht bekanntlich beinahe Gefangen wurde, als er mit dem Gräfen: Bon soir messieurs! unter die hier weisenden feindlichen Offiziere trat, feierte den Gedenktag der Schlacht bei Leuthen durch einen glänzenden Fackelzug zum Schloß und Siegesdenkmal und durch einen großen Festkommers. Das Städtchen war glänzend ausgeschmückt. Abends fand eine allgemeine Illumination statt bei großem Volksandrang von nah und fern.

**Nürnberg, 5. Dez.** Der Stadtmagistrat bewilligte die städtische Festhalle im Luisenpark für den Begrüßungsabend und die Eröffnung des Parteitages der deutschen Sozialdemokratie im Oktober 1908.

**Hamburg, 6. Dez.** Der Dampfer „Präsident Lincoln“ der Hamburg-Amerika-Linie ist gestern mit der Besatzung noch nie erreichten Gesamtzahl von 3848 Passagieren von New York nach Italien abgegangen.

**Schwerin, 6. Dez.** Auf Schloß Serrahn hat heute früh die Verlobung des Fürsten Ferdinand von Bulgarien mit der Prinzessin Eleonore, Neuh. j. L., stattgefunden.

**Paris, 6. Dez.** Der Kriegsminister machte der Staatskommission für das Heereswesen folgende Vorschläge für die Uebungszeiten der Reserve und der Landwehr. Die erste Reservelübung soll 21 Tage, die zweite 15, die Landwehrlübung 7 Tage dauern. Ausschub und Dispensationen sollen nicht mehr gestattet werden. Für Militärpersonen, welche ein Jahr bei der Fahne gedient haben, wird für 1908 vorläufig eine 28 tägige Uebung vorgezogen.

Einiges Aufsehen erregte in Pforzheim die Verhaftung des Inhabers eines bekannten hygienischen Bazar's. Sie ist wahrscheinlich in Zusammenhang mit unlauteren Manipulationen des Geschäftsmanns mit Frauenpersonen im Sinne des § 215.

In Gerresheim bei Düsseldorf wurden 12 Bahnbeamte und Bahnarbeiter verhaftet, die auf der Strecke Elberfeld-Nachen schon seit längerer Zeit umfangreiche Eisenbahn Diebstähle verübt haben, darunter Bereubungen verschlossener Waggons. Die bei den Dieben beschlagnahmten Sachen, Städtgüter aller Art, mußten mit einem Lastwagen abgeführt werden.

### Falschmünzerei.

In München sollte der 25 Jahre alte Kunstmalers Kaschmann wegen Herausgabe gefälschter Geldstücke verhaftet werden. In Moment seiner Falschmünzerei trank Kaschmann ein Glas Cyankali aus und starb auf dem Traispot. Das Verbrechen des Kunstmalers erwies sich als eine Falschmünzwerkstätte, in der gefälschte Reichsmark und Zwanzigmarsstücke mit dem Münzzeichen A und der Jahreszahl 1897, 1901 u. d. 1906 g-funden wurden.

In dem Bergwerk der Fairmont Coal-Company wurden durch eine geistige Kohlenstaubexplosion 100 Bergleute verhaftet. Der Betriebsleiter schätzte die Zahl derselben auf mindestens 500. Es sind bereits mehrere Leichen geborgen worden. Eine Sitzung meldet, daß bei dem Unfall 425 Bergleute umgekommen seien. In der Umgebung der Minen, die jetzt brennen, sind erschütternde Szenen ab.

### Arbeiterbewegung.

**Wien a. Rh., 6. Dez.** Der Arbeitgeberverband der rheinischen Seidenindustrie beschloß in seiner heutigen Sitzung

infolge der Arbeitsbedrängung der Weber und Weberinnen, in 4 Krawattenfabriken - deren früh sämtlich in der rheinischen Seidenindustrie tätigen Weber und Weberinnen auszusprechen

### Deutscher Reichstag.

**Berlin, 6. Dez.** Präsident Graf Stolberg eröffnete die Sitzung um 1 Uhr 20 Min. Am Bundesratsstisch ist Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg erschienen. Zur Beratung steht ein Antrag des Grafen Komppsch (Ztr.) und Genossen betr. die

Erhaltung und Förderung des Handwerker- und des kaufmännischen Mittelstandes.

Abg. Trimborn (Z.) begründet den Antrag. Der gegenwärtige hohe Bankdiskont treffe ganz besonders den Mittelstand; es würden diesem dadurch ganz bedeutende Opfer auferlegt. Er bittet die Regierung dringend, baldmöglichst auf Abhilfe für diesen Notstand zu sinnen. Trimborn geht dann auf die einzelnen Teile des Antrages und die Bestimmungen zur Ungrenzung von Fabrik- und Handwerkerleistungen ein und verlangt ferner, daß Fabrikbetriebe mit handwerksmäßig ausgebildeten Arbeitern zu den Kosten, welche den Handwerkerorganisationen für gewerbliche Ausbildung des Handwerkerstandes erwachsen, herangezogen werden und daß die Grenzen der Zulassung zur freiwilligen Invalidenversicherung für die selbständigen Handwerker erweitert werden. Ein Handwerkerblatt soll nach dem Vorbild des Reichsarbeiterblattes ausgegeben werden. Zu Gunsten des kaufmännischen Mittelstandes verlangt Trimborn eine Erweiterung des Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs, Regelung des Ausverkaufswesens, Revision des Gesetzes über die Abzahlungsgeschäfte, ferner aus dem Kaufmannsstand zu berufende kaufmännische Beamte (Handelsinspektoren). Sie sollen an Stelle von Polizeibeamten die Durchführung der Bestimmungen zum Schutze der Gehilfen und Lehrlinge überwachen. Endlich verlangt der Redner Erhebungen über die Lage des kaufmännischen Mittelstandes auf dem Lande, den kleineren und mittleren Städten. Die Forderungen seiner Partei auf dem Gebiete des Submissionswesens ständen bei der Lösung der Aufgabe der Förderung des Handwerks ganz besonders im Vordergrund. Das Reich soll mit gutem Beispiel bei der Vergebung von Lieferungen vorangehen. Bei den Vergebungen seien die Handwerkerorganisationen zu berücksichtigen. Der Wunsch nach einem Handwerkerblatt sei berechtigt. In ihm sollen Bestimmungen, Gesetze und alle Vorgänge, die für das Handwerk wichtig sind, niedergelegt werden. Der Redner bittet schließlich um Unerkennung des Zentrumsantrages.

Pauli-Potsdam (son.) erklärt, seine Partei sei geneigt, für die meisten Teile des Zentrumsantrages zu stimmen. Die Einsetzung von Handelsinspektoren halte er für überflüssig.

Findel (natl.) betont, seine Partei stehe dem Antrag wohlwollend gegenüber. Beim Submissionswesen könne das Handwerk wesentlich unterstützt werden, namentlich durch die Städte. Den Antrag wegen Erweiterung der freiwilligen Versicherung des Handwerkerstandes, sowie die Forderungen zur Hebung des kaufmännischen Mittelstandes unterstütze seine Partei. Gegen den unlauteren Wettbewerb müsse energig eingeschritten werden. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Schmidt (Soz.) bemerkt, daß bei der Vergebung von Arbeiten die Organisationen unterstützt werden sollen, entspricht unseren Wünschen. Wir wollen den Mittelstand erhalten.

Fehr. v. Gamp (Rp.): Ein Reichshandwerkerblatt halten wir für unweckmäßig, auch sind wir gegen die Schaffung von Handelsinspektoren. Die Reichshandwerkerkrisis sollte viel mehr die Regierung beschäftigen. (Beifall.)

Fehr. v. Gamp (Rp.): Ein Reichshandwerkerkrisis sollte viel mehr die Regierung beschäftigen. (Beifall.)

Darrmann (fr. Rp.): Nicht nur der Handwerker, sondern auch der Kaufmannsstand muß weit mehr gefördert werden, als bisher. Mit der Tendenz des Antrages sind wir einverstanden.

Nach Bemerkungen des Abg. Kulerski (Pol.) wird ein Vertagungsantrag angenommen. Morgen 11 Uhr Fortsetzung. Schluß 6 Uhr.

### Aus Württemberg.

**Dienstadt, 6. Dez.** Uebertragen: dem Ostrarber Friedrich Waller an der Oberrealschule in Ulm eine Oberrealschule an der Realschule in Gerresheim, und dem Amisorenweler Dr. Wandt an der Oberrealschule in Reutlingen eine Oberrealschule an der Realschule in Ebingen, die Bahnhofswertstelle in Gaildorf dem Eisenbahnsekretär Vogt in Heilbronn Hauptbahnhof. Bezieht: den Postsekretär Eble beim Bahnpostamt Ulm auf Ansuchen nach Friedrichshafen.

### Aus den Kommissionen der Abgeordnetenkammer.

Am Donnerstag ist zum ersten mal die Bauordnungskommission der Abgeordnetenkammer zu einer Sitzung zusammengetreten. Der Erst- u. Gauß machte zunächst einige einleitende allgemeine Bemerkungen. Mit dem Anschluß an die bestehende Bauordnung wie dies der Entwurf vorsehe, könne man sich einverstanden erklären. Hinsichtlich der Regelung der zwischen Stadt und Land verschiedennartig entwickelten Verhältnisse sei schwierig, besonders im Hinblick darauf, daß durch die Entwicklung eines Landortes dieses auch zum Gewerbeort oder zur Stadt werden könne; die Begriffsbestimmung sei hier schwer. Sein Antrag gehe dahin: In die Einzelberatung des Entwurfs einzutreten und von einer verschiedenen Behandlung von Stadt und Land abzusehen. Die Erörterung wurde mit einigen Ausführungen des Abg. Häffner (D. P.) eingeleitet. Durch die Generaldebatte im Plenum sei erwiesen worden, daß für eine verschiedene Behandlung von Stadt und Land weitere Kreise eintreten würden. Er glaube aber auch, daß dabei nichts besonderes zu erreichen sei. Schmidt (Z.) betonte, der Wunsch auf verschiedene Behandlung von Stadt und Land hinsichtlich der Baufragen mache sich überall geltend. Die entsprechende Berücksichtigung solle jedoch nicht bei den Gemeinden, sondern bei den einzelnen Orten und Ortsteilen erfolgen. Bestenfalls bezeichnete Berichterstatter

v. Gauß als unmöglich. — Gauß (Bk.) hob hervor, man werde sich an den Entwurf halten müssen, doch sei zu prüfen, ob die ländlichen Verhältnisse eine besondere Berücksichtigung finden können. — Minister des Innern, Dr. v. Fischer, stellte fest, daß durch die bis jetzt gefallenen Aeußerungen der Kommission der Entwurf als geeignete Grundlage der Kommissionsberatungen belassen werden solle. Es sei nun die Frage, ob zwischen Stadt und Land Unterscheidungen gemacht werden sollen. Nach seiner Ansicht könne dies auch bei den einzelnen Artikeln des Entwurfs geregelt werden. Der Regierung siehe das allgemeine Recht zu, das Neuen durch Verordnung zu bestimmen. Nach § 89 der Verfassungsurkunde habe die Regierung auch das Recht, baupolizeiliche Vorschriften zu erlassen, der Erlaß bezirkspolizeilicher Vorschriften sei nicht erwünscht. — Zu Art. 1 wurde sodann der Antrag auf Zustimmung zum Beschluß erhoben, unter Billigung der Motive. Bei Art. 2 gab der Berichterstatter einen längeren Ueberblick über die Frage der Ortsbauart, wobei er auch auf das Verhältnis zwischen Gesetz und Verordnung zu sprechen kam. In diesem Artikel sei eine Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse der Gemeinden und der fortschreitenden technischen Entwicklung zugelassen, was seither nur durch Ortsstatut möglich gewesen sei. Ein gewisses Gebiet könne hier auf dem Wege der Verordnung geregelt werden, wofür auch Zweckmäßigkeitsgründe sprechen. Die Gemeindeautonomie werde aber illusorisch gemacht, wenn auf dem Wege der Ergänzung der allgemeinen Vollzugsvorschriften es durchgesetzt werden könne, daß eine Gemeinde, die trotz des vorhandenen Bedürfnisses ein Ortsstatut nicht aufstelle, bestimmte Vorschriften hierüber erhalte. Mitberichterstatter Dr. Lindemann ist mit dem Berichterstatter damit einverstanden, daß die Gebiete zwischen Verordnung und Ortsstatut abzugrenzen seien. Den Zwang auf Erlassung eines Ortsstatuts bekämpfe er ebenfalls und namentlich den Zwang, wie dieser Zwang in den Motiven begründet sei. — Minister v. Fischer machte geltend, daß hier durch Verordnung geregelt werden müsse, was nicht in das Gesetz passe. Nach längerer Weiterberatung, an welcher die Abg. Kraut und der Berichterstatter sich beteiligten, wurde abgebrochen.

Die Kommission setzte am Freitag ihre Beratungen fort. Berichterstatter v. Gauß ging nochmals eingehend auf die Prüfung der Frage des Verhältnisses von Ortsbauart und Verordnung ein. Minister v. Fischer nahm wiederholt für die Regierung die Ermächtigung in Anspruch, daß sie in allgemeinen Verordnungen die Grundzüge des Gesetzes durch nähere Bestimmungen erläutern könne. Sonst müßte das Gesetz zu sehr in Detail gehen. v. Gauß meinte, mit Verordnungen in geringerem Umfang könne man schon die praktischen Bedürfnisse befriedigen. Häffner (D. P.) betonte, daß der Verordnung ein gewisses Gebiet überlassen werden müsse; sonst müßten alle Gemeinden Ortsbauart aufstellen. Gauß (Bk.) führte aus, daß sich die Vollzugsverfügung im Rahmen des Gesetzes halten müsse. Walter (Z.) hält eine Ausführungsverordnung für notwendig; indessen dürfe das Ortsbauartrecht durch die Verordnung nicht ein papierenes Recht werden. Ein Zwang auf die Gemeinde zur Erlassung von Ortsbauart dürfe nicht ausgeübt werden. Nach weiteren Ausführungen v. Gauß, Minister v. Fischels, Kraut's (Bk.), Schmidts-Neresheim (Z.), Häffners (D. P.) wird der Antrag v. Gauß, in Art. 2 die Worte: „und der zu seiner Vollziehung ergangenen Verordnungen“ zu streichen, mit 9 gegen 6 Stimmen (Volkspartei und Sozialdemokratie) abgelehnt. Ueber Art. 3, welcher von der Aufstellung und Genehmigung der Statuten handelt, entspinnt sich eine lange Debatte, die noch zu keinem Beschluß führte. Im Entwurf ist die Genehmigung der Ortsbauart dem Ministerium vorbehalten. Nur in gewissen Fällen soll die Genehmigung der Ortsbauart von Gemeinden, die weniger als 10000 Einwohner haben, dem Oberamt zustehen, das die Zustimmung des Bezirksrats einzuholen hat. v. Gauß beantragte, daß in letzteren Fällen die Vollziehbarkeitserklärung des Regierung treten solle. Gauß (Bk.) erklärte seine Zustimmung, während der Mitberichterstatter Dr. Lindemann (Soz.) überhaupt die Aufhebung des Genehmigungsrechts der Regierung beantragte. Er will die Festlegung der Ortsbauart ganz in die Hände der Kollegen gelegt wissen. Minister v. Fischer gab zu, daß der Unterschied zwischen Genehmigung und Vollziehbarkeitserklärung kein besonders großer sei. Im allgemeinen sei aber das Genehmigungsrecht der Regierung bisher eine Wohlthat für Gemeinden und Betroffene gewesen. Die Verzögerung der Genehmigung beim Ministerium sei meist durch die Mangelhaftigkeit der vorgelegten Ortsbauarturkunden verursacht worden. Hier wird abgebrochen. Nächste Sitzung Dienstag 10. Dezember, nachmittags halb 4 Uhr.

Die gerichtliche Untersuchung wegen des am 1. November in Stuttgart an der 13 Jahre alten Metzgerstochter Klara Schabel angeblich begangenen Lustmordes hat in Staatsanzeiger ergeben, daß jeglicher Anhaltspunkt für die Annahme eines an der Schabel begangenen Verbrechens wider das Leben nach dem Ergebnis der Leichenschau und Leichenöffnung und den sonstigen Erhebungen fehlt. Ausgeschlossen ist, daß das Mädchen erdrückt worden ist. Sicher ist dagegen, daß die Schabel an Erstickung gestorben ist. Nach ärztlichem Gutachten ist anzunehmen, daß diese Erstickung durch das Eindringen erbrochener Speisereise in die Luftröhre und die Lunge verursacht worden ist. Nach Erhebungen am Fundort der Leiche ist die Möglichkeit ohne weiteres gegeben, daß die 1,41 Mt. große Klara Schabel, die sich erwiesenermaßen an einem 75 Zentimeter hohen Bretterzaun erbrochen hat, beim Hinüberbeugen ihres ganzen Oberkörpers das Gleichgewicht verloren hat, kopfüber über jenen Zaun gestürzt ist und so den Erstickungstod erlitten hat. Daß an der Schabel unmittelbar vor ihrem Tode ein Sittlichkeitsverbrechen begangen oder versucht worden ist, ist ebenfalls ausgeschlossen. Da somit der objektive Tatbestand eines Verbrechens des Mordes oder wahlends des „Lustmordes“ nicht vorliegt, ist das bezügliche Verfahren von der Staatsanwaltschaft eingestellt worden.



### Telegramm.

Schweden. König Oskar ist gestern früh 9 1/2 Uhr verschieden.

Das Herrn A. Weber zur Sonne hier gehörige Grundstück unterhalb des Friedhofes ging um den Preis von 9000 Mk. an die Stadtgemeinde über. Wie man hört

ist dasselbe als Bauplatz zu der erbauenden Realschule benutzt werden.

Eine Tierquälerei wie man sie hier in den letzten Jahren Gott sei Dank nicht mehr beobachten konnte, spielt sich auf der Sommerbergene ab. Auf dem zusammengeführten Waldweg vom Saustall bis zur Bergbehn sieht

man einen Esel Wasser schleppen, die einem das Herz im Leibe drehen. Diese armselige Kreatur ist auch so heruntergewirtschaftet, daß sie von einer Reparatur des Beuges nicht mehr viel wird profitieren können.

Druck und Verlag der Bernh. Hofmannschen Buchdruckerei in Wildbad. Verantw. Redakteur E. Reinhardt, daselbst.

Wildbad.

## Bekanntmachung.

Herr Stadtbaumeister Munk hat heute sein Amt angetreten. Derselbe wird bis auf Weiteres vormittags von 8-12 Uhr auf dem Rathaus (Nebengebäude 1. Stock) anwesend sein.  
Den 7. Dezember 1907. Stadtschultheißenamt: Böhner.

## Bahnhof-Erweiterung

Wildbad.

Für die Herstellung der Bahnhofserweiterung Wildbad kommen nachfolgende Arbeiten im Alford zur Vergebung.

- |                                             |                            |          |
|---------------------------------------------|----------------------------|----------|
| 1. Grabarbeit                               | } nur an einen Unternehmer | 912 Mk.  |
| 2. Betonier-, Maurer- und Steinhauearbeiten |                            | 5067 Mk. |
| 3. Bettungsarbeiten                         |                            | 304 Mk.  |
| 4. Pflasterarbeiten                         |                            | 2428 Mk. |

Lüchtige Bewerber sind eingeladen, von den Plänen, dem Kostenvoranschlag und dem Bedingnisheft auf dem Geschäftszimmer Luisenstraße 2 Einsicht zu nehmen und Angebote in Prozenten des Voranschlags ausgedrückt, verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen, bis spätestens

Dienstag den 17. Dezember ds. J., vorm. 10 Uhr ebendasselbst einzureichen.

Pforzheim, den 7. Dezember 1907.

Kgl. Württ. Eisenbahnbauinspektion.

## Vergebung von Banarbeiten.

Zur Verlegung eines Wassergrabens auf dem Bahnhof Höfen sind

Grab- und Betonierarbeiten im Betrag von 9390 Mk.

im Alford zu vergeben.

Lüchtige Unternehmer sind eingeladen, von den Plänen, dem Kostenvoranschlag und dem Bedingnisheft auf dem Geschäftszimmer Luisenstraße 2 Einsicht zu nehmen und Angebote in Prozenten des Voranschlags ausgedrückt, verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen, bis spätestens

Dienstag den 17. Dezember ds. J., vorm. 10 Uhr daselbst einzureichen.

Pforzheim, den 7. Dezember 1907.

Kgl. Württ. Eisenbahnbauinspektion.

## Kleinkinderschule.

Für die am Thomasfeiertag stattfindende „Christfeier“ unserer Kleinkinderschule nehmen dankbar Geld und andere Gaben entgegen Frau Stadtschultheiß Böhner, die Kleinkinderschule, Herr Postmeister Hermann und Stadtpfarrer Aich.

## Stations-Erweiterung

Notenbach.

Für die Herstellung der Stationserweiterung Notenbach kommen nachfolgende Arbeiten zur Vergebung.

- |                                             |                            |           |
|---------------------------------------------|----------------------------|-----------|
| 1. Grabarbeit                               | } nur an einen Unternehmer | 2490 Mk.  |
| 2. Betonier-, Maurer- und Steinhauearbeiten |                            | 10640 Mk. |
| 3. Bettungsarbeiten                         |                            | 645 Mk.   |
| 4. Zimmerarbeiten.                          |                            | 1200 Mk.  |

Lüchtige Unternehmer sind eingeladen, von den Plänen, dem Kostenvoranschlag und dem Bedingnisheft auf dem Geschäftszimmer Luisenstraße 2 Einsicht zu nehmen und Angebote in Prozenten des Voranschlags ausgedrückt, verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen, bis spätestens

Dienstag den 17. Dezember ds. J., vorm. 10 Uhr ebendasselbst einzureichen

Pforzheim, den 7. Dezember 1907

Kgl. Württ. Eisenbahnbauinspektion.

## Todes-Anzeige.

Teilnehmenden Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß es Gott gefallen hat, meinen lieben Mann, unsern lieben Vater, Groß- und Schwiegervater, Bruder, Schwager und Onkel

Wilh. Fr. Grossmann,

(Gerrnhilfe.)

heute nacht 1 Uhr im Alter von 63 Jahren nach kurzem Krankenlager sanft verschieden ist.

Um stille Teilnahme bitten

die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung: Mittwoch nachmittag 3 Uhr.

Schuld- und Bürgscheine stets vorrätig in der Buchdruckerei ds. Bl.

Militär-Verein Wildbad

„Königin Charlotte“

Dienstag abend 8 Uhr

## Singstunde

im Gasthaus zur „Sonne“.

Der Vorstand.

Evangel. Kirchenchor Wildbad.

Heute abend

## Singstunde

Damen 7/8 Uhr

Herren 7/9 Uhr.

Neue Beitritte erwünscht.

Der Vorstand.

Auf Weihnachten empfehle ich

## junge fette Ulmer Gänse

und nimmt Bestellungen entgegen Hermann Kubh.

Prima inländisches

## Tafelobst

per Zentner 15 Mark empfiehlt

Karl Tubach.

Fertige Strümpfe,

Socken, Längen,

Kinder-Strümpfe

mit Knieverstärkung,

Kinder-Kittel,

gut und schön gestrickt, empfiehlt

Frau Flaschner Beck.

Hauptstraße 85 a.

Pr. gestrickte Sweaters

empfiehlt Die Obige.

# Es versäume Niemand

den

# Total-Ausverkauf

meines

## Herren- und Knaben-Konfektionsgeschäfts

zu besuchen.

Unerreichte Preise & Große Auswahl

# Eduard Armbruster, Pforzheim.